



Antrag

der Abgeordneten **Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Berufsschulen stärken – Mehr staatliche Lehrkräfte für Sprachförderung anstelle von Kooperationspartnern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- den beruflichen Schulen insbesondere für die sprachliche Förderung von Jugendlichen mit Flucht- und Asylhintergrund mehr staatliches Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen, um dauerhafte und qualifizierte Arbeit in den Berufsintegrationsvorklassen (BIK/V) und Berufsintegrationsklassen (BIK) leisten zu können und dadurch für den eigentlichen Unterricht unabhängiger von den Kooperationspartnern zu werden;
- besondere Anreize für die Wartelistenbewerber von Gymnasien und Realschulen zu schaffen, damit sie das Lehramt an beruflichen Schulen anzustreben;
- die beruflichen Schulen durch die Einstellung von mehr Verwaltungskräften bei ihren zusätzlichen Aufgaben, die z.B. durch die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern entstehen, zu unterstützen.

Begründung:

Die beruflichen Schulen in Bayern leisten zusammen mit den Grund- und Mittelschulen nahezu alleine die Integration und Berufsvorbereitung junger Flüchtlinge und Asylbewerber. Dabei sind sie darauf angewiesen, dass ihnen vor allem für den Sprach- und Wissenserwerb ausreichend staatliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Bisher übernehmen in den Berufsintegrationsvorklassen (BIK/V) insbesondere für die sprachliche Förderung staatliche Berufsschullehrkräfte 17 Wochenstunden und das Personal des Kooperationspartners 20 Wochenstunden. In den Berufsintegrationsklassen (BIK) werden 22 Wochenstunden durch staatliches Lehrpersonal und 19 Wochenstunden durch Personal des Kooperationspartners abgedeckt, inklusive der Betreuung der Praktika durch sozialpädagogisches Fachpersonal. Aufgrund der ständig ansteigenden Klassen und des dadurch auch steigenden Bedarfs an staatlichem Lehrpersonal an den beruflichen Schulen wird es für die Kooperationspartner immer schwieriger, geeignetes Lehrpersonal vor allem für die Sprachförderung zu finden, was auch daran liegt, dass die Vergütung für dieses Lehrpersonal deutlich unter der Vergütung von staatlichen Lehrkräften liegt. Viele Berufsschulen fordern deshalb, ihnen für die unterrichtliche Arbeit mehr staatliches Lehrpersonal zu geben und die Kooperationspartner mehr für die sozialpädagogische Arbeit einzusetzen. Damit würden die Schulen deutlich unabhängiger von den Kooperationspartnern, die sich ja jährlich aufs Neue bewerben müssen. Da die Kosten für die Kooperationspartner ab dem Schuljahr 2016/2017 ausschließlich durch den Freistaat übernommen werden (die Mittel des Europäischen Sozialfonds laufen aus), wäre das jetzt eine gute Gelegenheit, den Berufsschulen ausreichendes und stabileres Lehrpersonal zu geben. Es gibt genügend Bewerber auf den Wartelisten der Lehrämter für Realschule und Gymnasien mit der Facultas Deutsch und Englisch mit und ohne Erweiterungsstudium DAZ/DAF, um die man für diesen verstärkten Bedarf jetzt natürlich werben muss. Die Qualität des Unterrichts ist bei der Integration von jungen Menschen extrem wichtig. Ausgebildete Lehrkräfte bieten dafür die beste Garantie. Durch die enormen Zuwächse an Kooperationspartnern braucht es auch im Bereich der Verwaltungskräfte an den Schulen eine Aufstockung.